

AUS DER ARBEIT DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Die Konrad-Adenauer-Stiftung in der Welt. Der Beginn der Arbeit des Instituts für Internationale Solidarität

Josef Thesing

1. Einführung

Die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) konnte am 1. Juli 2012 auf eine fünfzigjährige internationale Zusammenarbeit zurückblicken. Das Ereignis ist Anlass genug, um sich etwas intensiver mit der Frage zu befassen, was die Gründe für den Beginn der Kooperation im Jahr 1962 mit Personen und Institutionen, mit den Partnern, waren. Was waren und sind die Motive, Prinzipien, Werte, Methoden und Instrumente, die die KAS, eine deutsche Politische Stiftung, mit ihren Programmen und Projekten 1962 erreichen wollte?

Die Auswahl der wichtigen und bedeutsamen Ereignisse unterliegt der Betrachtung eines beobachtenden und mitgestaltenden Autors, der von 1965 bis 2002 in der KAS gearbeitet hat, davon acht Jahre in Lateinamerika (Guatemala und Kolumbien), später (ab 1973 bis 2002) innerhalb der Stiftungszentrale in leitenden Positionen mit der Verantwortung für die internationale Arbeit der Stiftung. Er kann und will nicht verschweigen oder unterdrücken, dass Lateinamerika und besonders einige Länder (Guatemala, Kolumbien, Chile) in ihm eine dauerhafte Zuneigung bewirkt und hinterlassen haben.

Die internationale Arbeit der KAS begann als entwicklungspolitische Tätigkeit in Lateinamerika, Afrika und Asien. Lateinamerika war über viele Jahre der Schwerpunkt der Arbeit. Das ist der Ausgangspunkt meiner Darstellung. Erst später – ab 1978 – kam durch die Einrichtung des Büros für Internationale Zusammenarbeit (BIZ) der europäische und transatlantische Teil hinzu. Ab 1989 wurde die Tätigkeit der Stiftung auf mittel-, ost- und südosteuropäische Länder ausgedehnt.

2. Politische Stiftungen in Deutschland

Will man einigermaßen zuverlässig und verständlich die internationale Arbeit der deutschen Politischen Stiftungen beschreiben, so ist es zunächst wichtig, der Frage nachzugehen, warum es sie gibt und wie sie entstanden sind. Diese Frage verdient besondere Aufmerksamkeit, weil es wohl in keinem anderen Land der Welt solche Institutionen gibt, auch wenn in einigen Ländern der

Versuch gemacht wurde (USA, Großbritannien, Spanien), Vergleichbares zu etablieren. Dem deutschen Modell der Politischen Stiftungen am nächsten kommt Spanien, was nicht verwunderlich ist, da die KAS und die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) daran mitgewirkt haben. Auch in den USA mit dem „National Endowment for Democracy“ und in Großbritannien mit der „Westminster Foundation“ dienten die deutschen Politischen Stiftungen durchaus als Orientierung, aber sie gingen wegen einer anderen Ausgangsposition ihre eigenen Wege.

Erstmals in der deutschen Verfassungsgeschichte erhielten Politische Parteien im Grundgesetz einen Verfassungsrang. Sie wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Daraus folgt, dass das demokratische System ohne die Existenz und Mitwirkung von Politischen Parteien nicht funktionsfähig ist.

Die Politischen Parteien waren sich schnell einig, dass man ein umfassendes System der politischen Bildung benötigte. Die Frage war nur, ob die Parteien diese Aufgabe selbst übernehmen sollten oder ob man nicht eine andere Institution schaffen musste. Man suchte nach einer Alternative. Man fand sie durch die Schaffung von Politischen Stiftungen, die den Parteien zwar nahe stehen durften, vornehmlich geistig, politisch und programmatisch, die aber in eigener Verantwortung politische Bildung, wissenschaftliche Forschung, Förderung von begabten jungen Menschen und internationale Zusammenarbeit als ihre eigenen Tätigkeitsfelder realisieren sollten. So entstanden in Deutschland die „parteinahen Stiftungen“. Sie dienen der Förderung und Stärkung der Demokratie, stehen aber gleichzeitig in einer engen politischen Bindung zu ihren Parteien. Hinzu kam eine wegweisende Entscheidung des Staates: Sowohl die Parteien als auch die Politischen Stiftungen sollten finanzielle Mittel aus den öffentlichen Haushalten bekommen. Ihre Aufgaben sind politischer Natur und im öffentlichen Interesse. Die Förderung und Stärkung der Demokratie durch politische Bildung liegt im öffentlichen Interesse, für das eine Gesellschaft auch öffentliche Mittel zur Verfügung stellen kann. Das Bundesverfassungsgericht hat in einem Urteil vom 14. Juli 1986 festgestellt: „Die Vergabe öffentlicher Mittel zur Förderung politischer Bildungsarbeit an parteinahe Stiftungen setzt von den Parteien rechtlich und tatsächlich unabhängige Institutionen voraus, die sich selbständig, eigenverantwortlich und in geistiger Offenheit dieser Aufgabe annehmen. Diese müssen auch in der Praxis die gebotene Distanz zu den jeweiligen Parteien wahren.“¹ Damit war das Verhältnis zwischen den Parteien und ihren Stiftungen geklärt. Sie sind Teile des politischen Systems in der Bundesrepublik Deutschland.

1 Leitsatz des Urteils vom 14. Juli 1986, in: BverfGE 73, 1.

3. Es begann im Jahr 1962

Die Christlich-Demokratische Union (CDU) gründete am 22. Dezember 1955 die „Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit“. Am selben Tag wurde das Schloss Eichholz in der Nähe Bonn als Sitz des Bildungsinstitutes erworben. Die Arbeit begann noch im Jahre 1956. Am 12. April 1957 fand die offizielle Einweihung statt. Auch der Parteivorsitzende Bundeskanzler Konrad Adenauer nahm daran teil. Der etwas schwerfällige Name der Gesellschaft wurde am 26. April 1958 in Politische Akademie Eichholz e.V. umbenannt. Dieser Name entwickelte sich zum Markenzeichen. Zahlreiche ausländische Gäste nahmen an diesem Ort an Seminaren teil. Zu den Aufgaben der Akademie Eichholz gehörte auch die internationale Verständigung. Am 1. April 1960 übernahm Dr. Peter Molt die Leitung der Akademie. Er erkannte sehr schnell, dass auch die internationale Arbeit zu den wichtigen Aufgaben gehört. Das gilt zunächst für Europa. In der Akademie wurden zahlreiche europäische Tagungen organisiert. Die CDU profitierte davon, weil sie dadurch ihre Kontakte mit den europäischen Schwesterparteien aufbauen und entwickeln konnte. Sie halfen auch, die damals bestehenden Vorbehalte gegen die CDU in den christlich-demokratischen Parteien Europas abzubauen.

Die internationale Arbeit blieb aber nicht auf Europa beschränkt. Zu Beginn der 1960er Jahre waren die Trümmer des Zweiten Weltkrieges größtenteils beseitigt. Die wirtschaftliche Entwicklung zeigte Anzeichen eines beginnenden Wohlstandes. Bereits Mitte der 1950er Jahre erkannten Bundeskanzler Adenauer und die Bundesregierung ihre Verantwortung für die Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Unter dem etwas vagen Begriff Entwicklungshilfe wurden 1956 auf Initiative des CDU-Bundestagsabgeordneten Paul Leverkuehn und 61 weiterer Bundestagsabgeordneter aller Fraktionen im Haushalt des Auswärtigen Amtes 50 Mio DM für „Förderungsmaßnahmen für unterentwickelte Länder“ veranschlagt.² Auch die beiden christlichen Kirchen nahmen die neue Herausforderung an. In einer Rede vor der Vollversammlung der deutschen katholischen Bischöfe in Fulda erläuterte der Kölner Kardinal Josef Frings am 19. August 1958 die Idee, unter dem Namen „Misereor“ ein bischöfliches Hilfswerk zu gründen.³ Das Anliegen, die Güter der Welt gerecht zu verteilen und die Überwindung von Hunger und Aussatz in den ärmeren Ländern zu erreichen, stand im Vordergrund. Die erste Misereorkollekte wurde in der Fastenzeit 1958 durchgeführt. Das Ergebnis war sehr positiv. Danach entwickelte sich Misereor als eigenständiges bischöfliches Hilfswerk. Heute ist es

2 Horst Dumke: Anfänge der staatlichen Entwicklungspolitik. Eine Korrektur des politischen Bildes. Sankt Augustin 1997, S. 9.

3 Siehe dazu Norbert Trippe: Josef Kardinal Frings (1887–1978). Band II. Paderborn 2005, S. 104ff.; Stefan Voges: Solidarität in der Weltkirche. Die Gründung der Bischöflichen Aktion „Adventiat“, in: Historisches Jahrbuch 125 (2005), S. 327–347.

das weltweit erfolgreichste Hilfswerk der Katholischen Kirche. Die Evangelische Kirche folgte schnell. Am 12. Dezember 1959 wurde in Berlin die Hilfsaktion „Brot für die Welt“ ins Leben gerufen, die sich ebenfalls zu einer bedeutenden Hilfsorganisation entwickelt hat.⁴

Auch die politischen Parteien konnten sich dem Thema der Entwicklungshilfe nicht länger verschließen. Der erste Schritt wurde 1956 getan. Der reichte aber nicht, um eine überzeugende Antwort auf die neue Herausforderung der Hilfe für die unterentwickelten Länder in Afrika – die größtenteils erst in den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts ihre Unabhängigkeit erlangt hatten –, Asien und Lateinamerika zu geben. Diese Aufgabe musste im Kontext des Ost-West-Konfliktes angegangen und gesehen werden. Am 24. April 1955 verkündeten in Bandung auf der indonesischen Insel Java Vertreter von 20 blockfreien Staaten aus Afrika und Asien die Ablehnung jeder Form von Kolonialismus und Rassendiskriminierung. Am 1. Januar 1959 übernahm der charismatische Rebellenführer Fidel Castro nach einem erfolgreichen bewaffneten Kampf gegen das verhasste Regime des Diktators Batista in Kuba die Macht. Von diesem Ereignis ging eine große politische und symbolische Wirkung aus.

Präsident Kennedy versuchte 1961 eine neue Lateinamerikapolitik einzuleiten. Mit der „Allianz für den Fortschritt“ sollte der kubanische Einfluss bekämpft werden. Diese Ausgangssituation beeinflusste auch die deutsche Entwicklungspolitik. Der Ost-West-Konflikt, das Bündnis mit den USA und die sicherheitspolitischen Interessen des NATO-Mitglieds Deutschland bildeten eine vorgegebene strategische Orientierung. Nach der Bundestagswahl am 17. September 1961 verlor die CDU/CSU-Fraktion ihre absolute Mehrheit im Bundestag. Die Autorität Adenauers hatte durch die Ereignisse um den Berliner Mauerbau gelitten. Seine lange Regierungszeit ging dem Ende entgegen. Mit den Freien Demokraten (FDP) bildete er zwar noch eine Koalition, musste aber gleichzeitig nach zwei Jahren seinen Abgang akzeptieren.

Bedeutsam bei der Regierungsbildung war, dass ein neues Ministerium begründet wurde. Das „Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit“ (BMZ) nahm nach der Ernennung von Walter Scheel (FDP) als Bundesminister am 14. November 1961 seine Arbeit auf. Das BMZ sollte die bisher in verschiedenen Ministerien betriebene Entwicklungspolitik bündeln. Die Bundesrepublik Deutschland war das erste Land, das der Entwicklungspolitik mit einem eigenen Ministerium eine herausgehobene Bedeutung verlieh. Nicht unerwähnt bleiben darf die Anmerkung, dass in Deutschland neben den politischen Argumenten in der Entwicklungspolitik am Anfang auch moralische Gründe eine Rolle spielten. Nach den schrecklichen Ereignissen, die Deutsch-

4 Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland: Den Armen Gerechtigkeit – 50 Jahre Brot für die Welt. Stuttgart 2008.

land von 1933 bis 1945 verursacht und erlebt hatte, gab es in der Bevölkerung ein Gefühl der Wiedergutmachung.

Auch für die CDU stellte sich im Herbst 1961 die Frage, wie sie sich in der Entwicklungspolitik engagieren sollte. Der Bundesgeschäftsführer der Partei, Dr. Konrad Kraske, beauftragte Dr. Peter Molt, der als Mitglied der deutschen Delegation am 15. Kongress der „Nouvelles Equipes Internationales (NEI)“ vom 12. bis 14. September 1961 in Luzern teilnahm, mit den dort ebenfalls anwesenden Vertretern christlich-demokratischer Parteien aus Lateinamerika Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zu erkunden. Bei der NEI handelt es sich um einen Zusammenschluss christlich-demokratischer Parteien in Europa.⁵ Auf dem Luzerner Kongress wurde ein konkreter Aufruf zur Hilfe verabschiedet. Schon auf den vorhergehenden Kongressen der NEI in Freiburg 1959 und 1960 in Paris war die Verpflichtung zur Entwicklungshilfe festgestellt worden. In Luzern folgte eine Solidaritätserklärung für die christlich-demokratischen Parteien Lateinamerikas und die Zusicherung einer Zusammenarbeit. Gleichzeitig wurden die freien Völker aufgerufen, die Hilfe für die Entwicklungsländer zu intensivieren.⁶ Für Peter Molt waren die Gespräche und Kontakte in Luzern nicht sehr ergiebig. Staatssekretär Dr. Globke, Chef des Bundeskanzleramtes, empfahl die Kontaktaufnahme mit dem Generalsekretär des Internationalen Christlichen Gewerkschaftsbundes (ICBG) in Brüssel, dem Belgier Auguste Vanistendael (1920–2003). Konrad Adenauer hatte ihn 1947 auf dem Parteitag der CDU Westfalen in Recklinghausen getroffen⁷. Vanistendael, der mehrere Sprachen beherrschte, auch gut deutsch sprach, gewann das Vertrauen Adenauers. Er besuchte Adenauer regelmäßig. Für Adenauer war er ein wichtiger Verbindungsmann zu den christlichen Politikern in Frankreich, Belgien, Luxemburg und den Niederlanden, die die CDU noch mit Distanz betrachteten. Die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften und der Einheitsgewerkschaft in Deutschland, Personalfragen in den neuen europäischen Behörden, aber auch die politische Entwicklung in Afrika und Lateinamerika – das waren die Themen, die beide Herren miteinander besprachen. Vanistendael war der Meinung, dass die Stärkung der christlichen Gewerkschaften in der Dritten Welt ein wichtiges Anliegen der christlichen Gewerkschaften in Europa sein müsse. Die christlichen Gewerkschaften waren damals in Frankreich, Luxemburg, Belgien und den Niederlanden stark. Vanistendael trug viel dazu bei, dass 1954 die „Union Panafricaine des Travailleurs Croyants (UPTC)“

5 Vgl. Winfried Becker: Die europäische Einigung und die deutschen Unionsparteien. Von den Anfängen in der Nachkriegszeit bis zur Gegenwart, in: Historisch-Politische Mitteilungen 1 (1994), S. 136–154.

6 Dokument Nr. 13, Centre International Démocrate-Chrétien d'Études et de Documentation. Rom, Dezember 1964.

7 Siehe dazu: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone. Bonn 1975, S. 330.

gegründet wurde. Die ebenfalls 1954 in Santiago de Chile ins Leben gerufene „Confederación Latino Americana de Sindicalistas Cristianos (CLASC)“ wurde von ihm gefördert. Der US-amerikanischen Administration gefiel das nicht. Die CLASC wurde heftig bekämpft. Der „Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG)“, unterstützt von der US-amerikanischen „American Federation of Labor – Congress for Industrial Organization (AFL/CIO)“ wollte eine antikommunistische und nichtkonfessionelle Gewerkschaftsbewegung in Lateinamerika organisieren. Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), eng verbunden mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), kooperierte mit dem IBFG und förderte den lateinamerikanischen Regionalverband „Organización Regional Interamericana de Trabajadores (ORIT)“. Das Geld für die Hilfe stammte teilweise aus dem Haushalt des Auswärtigen Amtes in Bonn. Vanistendael berichtete darüber Adenauer und schlug seinerseits vor, ebenfalls finanzielle Hilfe für Programme der christlichen Gewerkschaften und der christlich-demokratischen Parteien in Lateinamerika zur Verfügung zu stellen. Adenauer war zunächst skeptisch, weil er von den politischen Erfolgsaussichten eines solchen Programms nicht überzeugt war.

Vanistendael reiste im November 1961 nach New York. Dort wollte er das „Center for Christian Democratic Action“, das von dem polnischen christlich-demokratischen Politiker Janusz Sleszynski, der in New York im Exil lebte, gegründet worden war, besuchen. Beide unternahmen den Versuch, anlässlich des USA-Besuches von Bundeskanzler Adenauer (20.–22. November 1961) eine Begegnung mit Dr. Rafael Caldera zu ermöglichen. Rafael Caldera (1916–2009) war Vorsitzender der christlich-demokratischen Partei COPEI in Venezuela, Parlamentspräsident seines Landes und Präsident der 1961 in Santiago de Chile neu gegründeten „Christlich-Demokratischen Weltunion (UMDC)“. Ebenso sollte ein Treffen zwischen Präsident John F. Kennedy, Bundeskanzler Adenauer und Caldera vorbereitet werden. Doch beide Treffen kamen nicht zustande. Bundeskanzler Adenauer veranlasste daraufhin eine offizielle Einladung an Caldera zu einem Besuch in Bonn für Februar 1962.

Auguste Vanistendael war Anfang 1962 in der venezolanischen Hauptstadt Caracas. Er nutzte seinen Aufenthalt, um den Besuch Calderas bei Adenauer vorzubereiten. In einem Memorandum, das er mit Vertretern der christlichen Gewerkschaft und der COPEI verfasste, analysierte er die Entwicklung in Lateinamerika. Er prognostizierte eine zunehmende Bedeutung der christlich-demokratischen Parteien in Lateinamerika. Dabei stützte er sich auf die Tatsache, dass Ende der 1950er und Anfang der 1960er Jahre in vielen Ländern Lateinamerikas christlich-demokratische Parteien entstanden waren. Ebenso stellte er fest, dass der Einfluss der christlichen Demokratie nicht nur bei den Gewerkschaften, sondern auch bei der Universitätsjugend wachse. Als Beispiele verwies er auf die Entwicklung in Chile und Venezuela. Alle Vorsitzenden der Universitätsverbände in Chile gehörten der PDC (Partido Demócrata

Cristiano) an. In Venezuela seien die christlich-demokratischen Kandidaten aus den Wahlen an allen Universitäten des Landes als die stärkste Fraktion hervorgegangen. Weiter führte er aus, dass die christlich-demokratische Bewegung in Lateinamerika ihre eigenen charakteristischen Züge habe. Diesen Hinweis gab Vanistendael nicht ohne Grund, wusste er doch, dass es zwischen christlich-demokratischen Parteien in Europa und denen in Lateinamerika beträchtliche programmatische Unterschiede gab. Die politische, soziale und wirtschaftliche Ausgangssituation in Lateinamerika war grundverschieden. Geschichte, Kultur, die politischen Systeme, auch die Mentalität der Menschen – das war anders in Lateinamerika. Das richtig zu erkennen und zu respektieren, fiel damals vielen christlich-demokratischen Politikern in Europa noch schwer. Das galt auch für die CDU. Man neigte am Anfang zu sehr zum Vergleich mit der eigenen Programmatik und kam dabei zu oberflächlichen und erschreckenden Erkenntnissen. Diejenigen, die sich weniger auskannten, versetzten die christlich-demokratischen Parteien Lateinamerikas in den Verdacht, links oder sogar sozialistisch zu sein. Das wusste Vanistendael. Deshalb sein Hinweis auf die Unterschiedlichkeit.

Er plädierte dann in seinem Memorandum für Hilfe. „Ist es doch eine feststehende und anerkannte Tatsache, dass den Kommunisten eine Fülle an internationaler Hilfe zufließt und dass auch sonstige Gruppen (u. a. Sozialisten) in stets größerem Ausmaße ausländische Hilfe erhalten, während die christlich-demokratische Bewegung ihren Kampf unter doppelt nachteiligen Bedingungen führen muss, nämlich dass sie über wenig Eigenmittel verfügt, weil sie jüngerem Datums und immer noch eine Minderheit ist und darüber hinaus, dass sie keine Auslandshilfe bekommt, weil die internationale Solidarität der christlich-demokratischen Parteien nicht organisiert ist.“⁸ Für Vanistendael ist die Frage der Hilfe von vorrangiger Bedeutung. Sie müsse sofort beginnen. Wahrscheinlich war er der Erste, der die Idee einbringt, eine Konrad-Adenauer-Stiftung zu gründen, „die Gelder von verschiedenen privaten Kreisen entgegennehme und diese Institute unterstützen könnte, so dass die zentrale Einrichtung ausgedehnt, Filialen errichtet, Verlag von Büchern vorgenommen werden kann. Alles dies würde kaum zu übersehende Erfolge erzielen.“⁹ Bei den Instituten dachte er an das „Instituto Nacional de Estudios Sociales (INES)“, eine Bildungseinrichtung der christlichen Gewerkschaften in Venezuela, und an ein Bildungsinstitut der COPEI. Weiter hob er hervor, dass neben den konkreten Hilfsmöglichkeiten, die er in seinem Memorandum vorschlug, den christlich-

8 Memorandum von Auguste Vanistendael vom Januar 1962, von ihm in Caracas handschriftlich verfasst. Er selbst fertigte eine deutsche Übersetzung an. Diese übermittelte er Bundeskanzler Adenauer zur Vorbereitung des Gesprächs mit Rafael Caldera am 2. Februar 1962, Ziff. 3.

9 Memorandum Vanistendael, Ziff. 4.

demokratischen Parteien in Lateinamerika schon erheblich geholfen wäre, „wenn man mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln in Europa ein richtiges Verständnis für die Lage in Lateinamerika wecken könnte.“¹⁰

Das Papier ist ein überzeugendes Plädoyer für eine schnelle Hilfe. Es benennt die wichtigsten Punkte, macht mit klarer Sprache deutlich, dass die von Kuba ausgehende kommunistische Gefahr nur durch die Unterstützung der christlichen Gewerkschaften und der christlich-demokratischen Parteien bekämpft werden kann.

Das für den 2. Februar 1962 vorgesehene Gespräch zwischen Bundeskanzler Adenauer und Rafael Caldera war gut vorbereitet. Es sollte im Kanzleramt stattfinden, wurde aber wegen einer leichten Erkrankung Adenauers in seinem Rhöndorfer Haus geführt. Adenauer sagte Caldera Unterstützung für das gewerkschaftliche Bildungsinstitut INES zu.¹¹

4. Gründung des Instituts für Internationale Solidarität

Die Zusage Adenauers wurde auch deshalb möglich, weil sich Peter Molt und Auguste Vanistendael Ende Oktober 1961 in Essen trafen. Vanistendael regte an, die Bildungsarbeit der christlichen Gewerkschaften und der christlichen Demokraten in Venezuela zu fördern. Diesen Vorschlag wiederholte er in seinem Memorandum. Die Politische Akademie Eichholz lud Ende November 1961 zu einer Fachtagung ein. Thema war die geplante entwicklungspolitische Arbeit. Das BMZ hatte am 14. November 1961 die Arbeit aufgenommen. Jetzt musste die entwicklungspolitische Arbeit konkretisiert werden. An der Tagung in Eichholz nahmen einige interessierte Bundestagsabgeordnete der CDU teil – das entwicklungspolitische Themenfeld fand in der Partei und in der Fraktion nur geringes Interesse –, ebenso Vertreter der beiden kirchlichen Hilfswerke Misereor und Brot für die Welt, Wissenschaftler und Beamte aus den betroffenen und interessierten Bundesministerien. Man betrat Neuland, das noch geordnet und bearbeitet werden musste. Die geistige Linie für das entwicklungspolitische Engagement war klar. Hilfe zur Selbsthilfe aus Solidarität mit den Menschen – das war die Grundlage. Auf der Basis des christlichen Menschenbildes und im Verständnis einer partnerschaftlichen Solidarität wurde die neue Aufgabe in Angriff genommen. Prinzipien der christlichen Soziallehre bildeten die Säulen, auf die das Programm gestellt werden sollte. Man verstand die entwicklungspolitische Aufgabe als eine politische Aufgabe. Es sollten Menschen befähigt werden, Strukturen zu verändern, neue Ordnungsprinzipien in der Gesellschaft und in der Wirtschaft einzuführen, die Demokratie

¹⁰ Ebd., Ziff. 7

¹¹ Rafael Caldera berichtete dem Autor am 7. August 2001 in seinem Haus in Caracas ausführlich über das Gespräch mit Adenauer.

als Staats- und Lebensform zu verwirklichen. Machtstrukturen sollten verändert werden, um für die Menschen bessere und gerechtere Lebensbedingungen zu schaffen. Als Partner wurden Parteien, christliche Gewerkschaften, Genossenschaften, Journalisten, Unternehmer und geeignete Bildungseinrichtungen in den Ländern der Dritten Welt ins Auge gefasst. Auch der Name des neuen Instituts wurde festgelegt. Unter dem Dach der Politischen Akademie Eichholz sollte das „Institut für Internationale Solidarität (IIS)“ gegründet werden.

Nach dem Gespräch Adenauers mit Caldera am 2. Februar 1962 ging es schnell weiter. Adenauer selbst gab dem im Aufbau befindlichen BMZ eine wichtige Orientierung. Winfried Böll, selbst aktiv am Aufbau des neuen Ministeriums beteiligt, bezeugt das. „Ein besonderes Kapitel ist den politischen Stiftungen, besser gesagt den parteinahen Stiftungen zu widmen. Es war Konrad Adenauer, der die Weisung gab, politische und gesellschaftliche Bildungseinrichtungen in Entwicklungsländern zu fördern. Der Generalsekretär der Internationalen Christlichen Gewerkschaften (Vanistendael) hatte ihn überzeugt, dass in Lateinamerika die kommunistische Gewerkschaft praktisch die einzige Alternative zu ‚Gewerkschaften‘ sein würde, die in starkem Maße von den Amerikanern abhingen. Amerikanische Gewerkschaften seien ihrerseits weniger an sozialen Verbesserungen in Lateinamerika, als an Profiten ihrer Konzerne interessiert, weil sie dann etwas mehr für ihre Mitglieder herauschlagen könnten. Konrad Adenauer ordnete eine Förderung der Schule für christliche Parteikader und Gewerkschaften in Caracas und Venezuela aus Bundesmitteln an. Das Auswärtige Amt hatte – wie meistens bei Neuerungen – erhebliche Bedenken. Es fürchtete, dass die Amerikaner verstimmt sein könnten und die Deutschen wieder in Verdacht gerieten, eine Fünfte Kolonne zu unterstützen.“¹²

Peter Molt hat jüngst in einem wichtigen Beitrag die Hintergründe und die Förderung der deutschen Entwicklungspolitik durch Konrad Adenauer untersucht und dargestellt.¹³

Die benötigten Mittel wurden nach Absprache zwischen dem Auswärtigen Amt, dem BMZ, dem Haushaltsausschuss und dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Bundestages mit zwei Haushaltstiteln für die inter-

12 Winfried Böll: Staats- und Regierungsorganisationen in der Entwicklungspolitik – Komplementarität oder Konkurrenz?, in: Michael von Hauff/Werner Heinecke (Hg.): Komplementarität oder Konkurrenz? Zum Verhältnis von staatlichen und privaten Organisationen in der Entwicklungszusammenarbeit. Ludwigsburg u. a. 1991, S. 18.

13 Peter Molt: Konrad Adenauer und die deutsche Entwicklungspolitik – Für Freiheit, Menschenrechte und Demokratie, in: Die Politische Meinung 511 (Juni 2012), S. 51–58. Molt betont hier, dass Adenauer auf Drängen der US-Amerikaner mit der Entwicklungspolitik einen Beitrag zum Kalten Krieg erbrachte. Siehe auch: Peter Molt: Konrad Adenauer und die Anfänge der internationalen Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung, in: KAS Auslandsinformationen 28. Jg (7/12), S. 6–27.

nationale Arbeit der Politischen Akademie Eichholz und der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Verfügung gestellt. Zugleich wurde vereinbart, dass die Herkunft der Mittel nicht mitgeteilt werden durfte. Mit dieser etwas naiven Vorstellung sollten die Bedenken des Auswärtigen Amtes berücksichtigt werden.

Wahrscheinlich war damals nicht allen klar, dass damit eine sehr weitsichtige Entscheidung getroffen wurde. In der deutschen Entwicklungspolitik spielen private Organisationen, vornehmlich die Politischen Stiftungen und die kirchlichen Hilfswerke, eine wichtige Rolle. Der Staat stellt ihnen öffentliche Mittel für die Durchführung entwicklungspolitischer Programme und Projekte zur Verfügung, die sie in eigener Verantwortung direkt oder mit Partnern in den Entwicklungsländern realisieren.

„Das Institut für Internationale Solidarität (IIS)“ wurde am 8. Februar 1962 im Haus Schleswig-Holstein in Bonn gegründet. Als rechtlicher Rahmen diente die Satzung der Politischen Akademie Eichholz. Peter Molt lud am 30. Januar 1962 zu der Gründungssitzung für den 8. Februar 1962 ein. Anwesend waren u. a.: Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel, die CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Gerhard Fritz, Dr. Gottfried Arnold, Dr. Gerhard Stoltenberg. Die Abgeordneten Dr. Werner Dollinger (CSU), Heinrich Gewandt, Dr. Bruno Heck und Ernst Majonica (alle CDU) konnten nicht teilnehmen. Dr. Konrad Kraske, der Bundesgeschäftsführer der CDU, Walter Molt, Auslandsreferent der CDU, und Dr. Peter Molt waren ebenfalls anwesend. Ein Vorstand wurde gewählt, der wiederum für die laufenden Geschäfte einen geschäftsführenden Vorstand bestimmte. Ihm gehörten Dr. Gerhard Fritz, Dr. Bruno Heck, Heinrich Gewandt, Dr. Gerhard Stoltenberg und Dr. Walter Althammer (CSU-MdB) an. Peter Molt übernahm neben seiner Aufgabe als Leiter der Akademie Eichholz auch die Leitung des IIS. Am 1. Juli 1962 begann das neue Institut mit der Arbeit. An diesem Tag trat der Vorstand zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen.

Peter Molt und Konrad Kraske, der auch geschäftsführender Vorsitzender der Politischen Akademie Eichholz war, berichteten im März 1962 Bundeskanzler Adenauer über die Gründung des IIS. Peter Molt selbst schildert die Reaktion Adenauers folgendermaßen: „Adenauer hatte nur gegen den Namen Bedenken, Solidarität sei doch ein sozialistischer Begriff. Nun kam mir meine Mannheimer Erfahrung zu Hilfe, ich erlaubte mir, Adenauer darauf hinzuweisen, dass der Jesuit Heinrich Pesch, den er natürlich aus seiner Zentrumszeit gut kannte, ein dreibändiges Werk über den christlichen Solidarismus geschrieben habe. Das überzeugte ihn und er gab mit einem ‚Na jut‘ seine Zustimmung, womit Kraske und ich entlassen waren.“¹⁴

Der Name des IIS war ein Programm, er half in den ersten Jahren, die geistige und politische Zielrichtung des neuen Engagements glaubhaft darzustel-

14 Josef Thesing (Hg.): Peter Molt – 70 Jahre. Sankt Augustin 2000, S. 24.

len. IIS oder die spanische Abkürzung ISI (Instituto de Solidaridad Internacional) wurden zu bekannten Kürzeln der entwicklungspolitischen Arbeit.

Der Beginn war mühsam. Es waren Lernjahre, die nun begannen. In der CDU fand die Arbeit wenig Beachtung. Für sie interessierte sich nur eine kleine Gruppe von Abgeordneten. Für das Jahr 1962 stand ein Budget von 400 000 DM bereit. Die administrativen Prozeduren mussten erst noch entwickelt werden. Das BMZ war, wie Winfried Böll sagte, noch „eine Dornen ohne Rosen.“ Die Antrags- und Abwicklungsmechanismen mussten noch erarbeitet werden. Die Partner verstanden nicht sofort die Regeln der deutschen Haushaltsordnung, die ersten Auslandsarbeiter hatten damit auch ihre Schwierigkeiten. Allein die Überweisung von Geldmitteln nach Afrika, Asien und Lateinamerika eröffnete ein bisher unbekanntes Problemfeld. In solchen Situationen sind Akteure gefragt, die das Wichtige von dem Notwendigen trennen und die richtigen Prioritäten setzen, die sich eher auf den gesunden Menschenverstand und den politischen Willen verlassen und nicht so sehr auf bürokratische Absicherungen schauen. Dazu gehören ein klares politisches Konzept, Mut und Entscheidungsfreude. Über diese Eigenschaften verfügte Peter Molt. Das erleichterte die Überwindung der Anfangsschwierigkeiten und die Beschriftung des Wegweisers für die Arbeit in der ersten Phase.

Mit geringen Mitteln und einer sehr bescheidenen Ausstattung wurde am 1. Juli 1962 begonnen. Seminare für Führungskräfte aus Entwicklungsländern in Deutschland, Seminare für ausländische Studenten, die in Deutschland studierten sowie erste Programme mit Partnern in Lateinamerika und Afrika wurden in Angriff genommen. Anfang 1963 verfügte Peter Molt als Leiter des IIS über 2 Assistenten und eine Sachbearbeiterin. Die ersten Mitarbeiter wurden ins Ausland geschickt, am 1. April 1963 ein Mitarbeiter nach Venezuela, am 1. November 1963 folgte ein weiterer Mitarbeiter nach Chile. Lateinamerika setzte sich als Schwerpunkt der Arbeit durch. Das hing mit der Vorgeschichte zusammen, in Lateinamerika fand das IIS bei den Gewerkschaften und den politischen Parteien Partner, die den eigenen Werten und Zielen näher standen. Zudem kannte man die wichtigsten Persönlichkeiten aus diesen Organisationen. Man fühlte sich in der großen Familie der christlichen Demokraten stärker miteinander verbunden. Besonders Dr. Bruno Heck, der spätere langjährige Vorsitzende der KAS (1968 bis 1989) förderte die Arbeit. Auch Bundeskanzler Adenauer setzte sich für das Engagement des IIS bis zum Ende seiner Kanzlerschaft ein. Der Wahlsieg von Eduardo Frei Montalva in Chile 1964 wirkte sich positiv aus. Er gewann als erster christlich-demokratischer Politiker die Präsidentschaftswahl in seinem Lande und in Lateinamerika.

Die Arbeit der Politischen Akademie Eichholz und die schnell wachsende internationale Arbeit machten es notwendig, eine politische und rechtliche Erweiterung des Trägervereins zu suchen. Das geschah am 13. Oktober 1964. Der Name des Trägervereins wurde in „Konrad-Adenauer-Stiftung für poli-

tische Bildung und Studienförderung e. V.“ geändert. Der Name war etwas langatmig, musste aber gewählt werden, da es noch eine andere Stiftung mit dem Namen Konrad Adenauers gab. Der endgültige Name „Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.“ wurde am 21. Juni 1976 beschlossen. Er setzte sich dann auch weltweit durch. Die Stiftung hat dadurch gegenüber den anderen politischen Stiftungen einen beträchtlichen Wettbewerbsvorteil. Den Namen und die politische Bedeutung Konrad Adenauers muss man nicht weiter erklären. Er ist weltweit zu einem Begriff geworden, der in einem engen Zusammenhang mit dem Wiederaufbau Deutschlands nach 1949 steht. Und inzwischen kennt man auch in den früheren Mitgliedsländern des Warschauer Paktes die Bedeutung dieses Staatsmannes.

5. Solidarität und partnerschaftliche Zusammenarbeit

Zwei Begriffe, die mit der internationalen Arbeit der KAS eng verbunden sind, müssen noch erläutert werden. Sie wurden von Peter Molt als Arbeitsgrundlage eingeführt und haben sich als tragende Säulen der Zusammenarbeit herausgestellt.

Der Name des IIS hatte den Begriff „Solidarität“ zum Bestandteil. Peter Molt wusste, warum dieser Begriff, der, wie Adenauer zunächst vermutete, durchaus auch Assoziationen mit anderen Ideologien erzeugen konnte, für die Arbeit so wichtig war. Er hatte sich während seiner Tätigkeit im Heinrich-Pesch-Haus in Mannheim mit dem christlichen Solidarismus und mit den Gedanken von Oswald von Nell-Breuning beschäftigt. Solidarität ist ein Substanzbegriff der christlichen Soziallehre. Er ist Teil des christlichen Menschenbildes. Danach ist der Mensch als Geschöpf Gottes – unabhängig von seiner Hautfarbe und Herkunft, ob er gesund oder krank ist, ob er arm oder reich ist, ob er gebildet oder ungebildet ist – mit einer eigenen Würde ausgestattet. Diese Würde ist nicht relativierbar, sie ist unantastbar.

Die kulturellen und sozialen Befindlichkeiten zu messen, Stimmungssensoren wahrzunehmen, die Sensibilität für Formen und Schwingungen zu erfassen – das alles macht die Kultur in Lateinamerika aus. Das zu verstehen und zu respektieren, ist eine wichtige Aufgabe der internationalen Zusammenarbeit. Vor allem muss man diese Erkenntnis und Notwendigkeit vorurteilsfrei gegenüber anderen Menschen in anderen Kulturen umsetzen. Geistige Offenheit, das Wollen und Bemühen, andere Menschen in anderen Kulturen zu verstehen, die Motive und Ursachen ihres Verhaltens und Handelns zu erfassen – das ist in der Tat eine mühsame und schwierige Aufgabe. Man kann sie bewältigen, wenn man ihr mit der erforderlichen Geduld, Aufgeschlossenheit und Lernbereitschaft begegnet.

Menschen müssen zusammenleben. Das Miteinander ist vorbestimmt. Das Individuum muss sich mit seinen Fähigkeiten und Fertigkeiten in die Gemein-

schaft einordnen. Aber alle sind auf alle angewiesen. Jeder muss seine Eigenverantwortung ausüben. Reicht sie nicht, um eigene Probleme zu lösen, hilft die Gemeinschaft. So entsteht Solidarität. Sie wirkt sich nicht nur im eigenen Land aus, sondern gilt auch für Menschen in anderen Ländern. Im Mittelpunkt steht immer der Mensch. Nur auf ihn kommt es an. Alle Hilfe geht von ihm aus, sie kommt ihm andererseits auch wieder zugute. Deshalb hat Peter Molt den Begriff der Solidarität mit den Menschen als ein grundsätzliches Merkmal der internationalen Arbeit der Stiftung von Anfang an in den Mittelpunkt gestellt. Wer sich mit anderen Menschen solidarisch erklärt, äußert den Willen und die Bereitschaft, sich für ihn einzusetzen und ihm zu helfen. Die Hilfe hängt von den Bedürfnissen und Fähigkeiten der beteiligten Personen ab. Solidarität kann moralische, geistige, materielle und politische Hilfe bedeuten.

Das Technische, das Materielle, auch das ist wichtig, aber es ist nur ein Instrumentarium, das richtig eingesetzt werden muss. Es muss die Menschen erreichen. Es darf nicht inhuman und leblos vermittelt werden. Deshalb war und ist das entwicklungspolitische Engagement der KAS immer ein gesellschaftspolitisches Vorgehen. Eine Politische Stiftung findet hier ihr ureigenes Betätigungsfeld – orientiert von der Idee, dass Politik nicht alles ist, dass Politik aber in allem ist.

Solidarität ist nur partnerschaftlich möglich. Mit gleichberechtigten Partnern soll zusammengearbeitet werden. Schließlich ist es nicht die KAS, die die gesellschaftlichen Probleme in den Partnerländern lösen kann. Es sind die Parteien, Gewerkschaften, Genossenschaften, Unternehmer, Frauen- und Jugendverbände und andere, die ihren eigenen Beitrag zur Lösung der Probleme leisten müssen. Sie tragen dafür die Verantwortung. Diese muss ihnen durch eigenständige Entscheidungen überlassen und ermöglicht werden. Beide Partner, die Stiftung und die Projektpartner, haben ihre Interessen und ihre Eigenständigkeit. Sie führen einen ständigen Dialog und reden auf Augenhöhe miteinander. Sie wissen sich auch in Solidarität geistig, menschlich und politisch miteinander verbunden. Daraus entsteht eine wirksame, manchmal auch mühsame Partnerschaft. Für dieses Konzept fehlte am Anfang die Erfahrung. Sie musste mühsam erarbeitet werden. Der Ansatz war richtig. Die Erfahrung der letzten 50 Jahre hat das eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

Ganz entscheidend war auch, dass Peter Molt und die Stiftung sich entschieden, in die Länder, in denen Projekte durchgeführt wurden, einen Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin zu entsenden. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit muss praktiziert werden. Das geschieht durch das tägliche Miteinander und durch ständigen Dialog. Das ist nur am Ort des Geschehens möglich. Die Präsenz und die Tätigkeit der von der Stiftung entsandten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen garantiert das Gespräch und den Dialog über Ziele, Instrumente und Probleme der Projekte. Die Mitarbeit in den Projekten, die Kenntnis über Land, Leute und Kultur, die Fähigkeit, sich ständig über die Entwicklung des

Projektes zu verständigen, auch dort hilfreich zu sein, wo das Menschliche stattfindet, wo Freundschaften geschlossen werden, diese Wirkungs- und Hilfsmöglichkeiten geben dem Einsatz des Auslandsmitarbeiters eine herausragende Bedeutung. Auf diese Weise entstehen gegenseitiges Verständnis und Vertrauen, die Gewissheit, dass man sich aufeinander verlassen kann, auch gerade dann, wenn sich Schwierigkeiten und Probleme ergeben. So wird viel menschliches Vertrauenskapital aufgebaut. Diese Gütezeichen und die damit verbundene Wertschätzung sind über Jahre vor allem von den Auslandsmitarbeitern und Auslandsmitarbeiterinnen geschaffen worden. Durch das dabei gezeigte Engagement, durch die Offenheit, Lernbereitschaft, Aufnahmebereitschaft, Hilfsbereitschaft, Fleiß, Kompetenz sind die Ideen, Ziele und Projekte der Stiftung mitgestaltet und zum Erfolg geführt worden. Dafür gibt es unzählige Beispiele¹⁵.

Politische Stiftungen sind ganz besondere und eher ungewöhnliche Akteure in der internationalen Zusammenarbeit. Die Bundesrepublik Deutschland hat von ihrer Arbeit sehr profitiert. Bundeskanzler Helmut Kohl bekräftigte das am 28. Februar 1989: „Wer von außen das politische Leben unseres Landes betrachtet und die Reputation kennt, die die Bundesrepublik Deutschland in der Welt genießt, der weiß: Das wäre nicht möglich gewesen ohne den Beitrag der Stiftungen. Sie sind ein Novum in unserer Geschichte und stehen in der Tat einzigartig da. In keinem anderen Land mit vergleichbaren Strukturen gibt es dergleichen. Die Politischen Stiftungen leisten einen sehr wichtigen Beitrag für die internationale Präsenz der Bundesrepublik Deutschland, aber auch für unser Ansehen. Ein Stück von unserer Kultur strahlt von diesen Stiftungen in die Welt aus. Und wer wie ich in Jahrzehnten Woche für Woche, Monat für Monat erlebt hat, wie Gäste aus aller Welt zu uns kommen – hierher nach Sankt Augustin in die Konrad-Adenauer-Stiftung oder zu den anderen Stiftungen – der hat eine Vorstellung davon, wie von hier parallel zur amtlichen Politik der klassischen Ministerien ein Strom von Informationen, von Unterstützung ausgeht.“¹⁶

15 Dazu verweise ich auf Josef Thesing (Hg.): In der Welt und für die Welt – 40 Jahre internationale Zusammenarbeit – Persönliche Erfahrungsberichte. Sankt Augustin 2002.

16 Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl am 28. Februar 1989 in einer Ansprache in der KAS in Sankt Augustin, in: Konrad-Adenauer-Stiftung: Beitrag der Politischen Stiftungen zur Stärkung der Demokratie und des Friedens in der Welt. Eine Auswahl von Reden und Ansprachen. Sankt Augustin 1997, S. 19f.